

Geschäftsklima nicht verbessert habe. (SCMP, 8.6.97)

Eine Reihe von Branchen und Unternehmen bereiten derzeit größere Freisetzen von Arbeitskräften vor. So plant die China Petrochemical Corp. (Sinopec), von ihren insgesamt rd. 650.000 Beschäftigten ein Drittel zu entlassen. Nach Einschätzung von Shen Huaren, Präsident der China Petrochemical, weise das Unternehmen im Vergleich zu den Unternehmen in den Industrieländern zu viele Beschäftigte auf. Ein Zeitplan für die Reduzierung der Beschäftigten bestehe noch nicht. Auch würden neue Stellen in anderen Bereichen geschaffen, um die entlassenen Arbeitskräfte zu beschäftigen. (IHT, 23.6.97)-schü-

Taiwan

24 Hongkong-Modell für die Wiedervereinigung beider Seiten der Taiwan-Straße abgelehnt

Gleich nach der Rücknahme der britischen Kronkolonie Hongkong (siehe dazu Thema in diesem Heft: „Historische Wende in Hongkong“) appellierte Beijing an Taiwan, nach dem Modell „ein Staat, zwei Systeme“ analog zu Hongkong die Wiedervereinigung beider Seiten der Taiwan-Straße zu realisieren. In einer chinesischen Fernsehsendung forderte Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin am 1. Juli Taiwan auf, konkrete Schritte zur Entwicklung der Beziehungen beider Seiten und zur Durchführung der Wiedervereinigung Chinas zu unternehmen. Ministerpräsident Li Peng sagte am selben Tag bei einem großen Empfang in Beijing zur Feier der Rückkehr Hongkongs nach China, daß die Formel „ein Land, zwei Systeme“ nicht nur für Hongkong und Macau, sondern auch für Taiwan gelte. (CP, 2.7.97)

Die Regierung in Taiwan lehnte den Vorschlag Beijings umgehend ab. Präsident Li Denghui (Lee Tenghui) erklärte am 3. Juli gegenüber Journalisten, Taiwan sei nicht Hongkong. Mit dem Hongkong-Modell die Trennung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu lösen, sei ein Wunschdenken Beijings. Taiwan wolle keine formelle, sondern eine wirkliche chinesische Vereinigung einschließlich beider Seiten der Taiwan-

Straße, Hongkongs und Macaus unter den Prinzipien von „Demokratie, Freiheit und rechtem Wohlstand“. Vor Erreichung dieses Zieles sollten die beiden voneinander getrennten politischen Gebilde international einen eigenen Spielraum haben, um die historisch hinterlassene Frage mit einer vernünftigen, pragmatischen Einstellung zu beseitigen, so seine Aussage. Der Vizepräsident und gleichzeitige Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) wiederholte Taiwans Appell an Beijing, beidseitig auf Gewaltanwendung zu verzichten und einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. (ZYRB, 4.7.97)

Die Regierung Beijing will Taiwan jedoch nur als eine Provinz Chinas anerkennen. Daher gibt es bis heute immer noch keinen offiziellen Kontakt zwischen beiden Seiten. Auch die halbamtlichen Verhandlungen wurden von Beijing aus Protest gegen Li Denghuis „private“ Reise in die USA 1995 eingefroren. Bei den Präsidentenwahlen Taiwans im März des vergangenen Jahres hatte Chinas Volksbefreiungsarmee eine Reihe von Kriegsübungen einschließlich Raketentests in Meeresgebieten nahe der taiwanesischen Küste unternommen. Eine Woche vor dem Machtwechsel in Hongkong veranstaltete Taiwan am 23. und 24. Juni im Süden der Insel ein Militärmanöver Han Guang (Han Kuang) 13, bei dem die in den USA und Frankreich erworbenen neuen Kampfflugzeuge F-16, Patriot-Raketen und Mirage 2000-5 demonstriert wurden. (ZYRB, LHB und CP, 24.-25.6.97)

Am 28. Juni organisierten mehrere oppositionelle Parteien und Organisationen, die die taiwanische Unabhängigkeit befürworten, verschiedene Veranstaltungen in Taipei gegen eine „Einverleibung durch China“, die zigtausende Menschen anzo-gen. (LHB, 29.6.97) Andererseits fand am Abend desselben Tages und in derselben Stadt auch eine vom „Bündnis für die chinesische Vereinigung“ veranstaltete Feier zur Rückkehr Hongkongs nach China statt, zu der über eintausend Menschen kamen. (*Taiwan aktuell*, München, 30.6.97) Das Außenministerium in Taipei stellte anlässlich der historischen Wende in Hongkong den noch in seinem Besitz befindlichen chinesischsprachigen Urtext des Nanking-Vertrages von 1842 über die Abtretung Hongkongs an Großbritannien sowie andere alte „ungleiche Abkommen“ zwischen China und anderen Mächten im Nationalen

Palastmuseum in Taipei aus (bis Ende September d.J.). (ZYRB, 29.6.97)

Infolge der Rückgabe Hongkongs an die VR China und Taiwans Ablehnung einer Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland nach dem Hongkong-Modell sind die Beziehungen zwischen Taiwan und Hongkong prekärer denn je geworden, denn die taiwanesischen Angelegenheit in Hongkong werden nun eher von Beijing entschieden. Alles, was dem Prinzip von einem chinesischen Staat im Sinne Beijings nicht entspricht, muß neu geregelt werden. Einschränkungen bei den Aktivitäten der in Hongkong vertretenen halbamtlichen Institutionen Taiwans werden erwartet. Im Hinblick auf die veränderte politische Lage stellt z.B. das dem Außenministerium von Taiwan unmittelbar unterstellte Reisebüro in Hongkong mit der Bezeichnung Chung Hwa Travel Service nun seinen „Visaservice“ auf „Reiseservice“ um. (*Taiwan aktuell*, a.a.O., 16.6.97) Neun Staaten, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, wurden von Beijing gezwungen, ihr Konsulat in Hongkong zu schließen oder es zu einem halbamtlichen Handelsbüro zu degradieren. (LHB, 29.6.97) Ferner haben 20 Staaten, die statt mit Taiwan mit Beijing diplomatische Beziehungen unterhalten, beschlossen, Visa für taiwanesischen Bürger nicht mehr durch ihr Konsulat in Hongkong, sondern durch ihr halbamtliches Vertretungsbüro in Taipei oder durch eine Botschaft in Taiwans Nähe oder direkt durch ihr Außenministerium auszustellen. Visa für die USA, Deutschland, Dänemark, Norwegen, die Schweiz und Mexiko z.B. können in Taiwan beantragt werden. (ZYRB, 2.7.97) -ni-

25 Fortsetzung des heftigen Streits um Verfassungsreform

Im Laufe des Berichtsmonats Juni setzte sich das turbulente innenpolitische Szenario wegen der Verfassungsreform fort. Wie in C.a. (1996/12, Ü 25; 1997/1, Ü 30) berichtet, haben die Regierungspartei KMT (Kuomintang) und die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) Ende Dezember des vergangenen Jahres auf einer parteiübergreifenden Nationalen Entwicklungskonferenz (Guofahui) einen überraschenden Konsens über eine grundlegende Umstrukturierung des bestehenden Regierungssystems durch eine neue Verfassungsreform erzielt. Die Schwerpunkte davon sind die geplante Verstärkung der Präsidialmacht und die Abschaffung der Provinzregierung Taiwan. Sie

wurden nicht nur von der drittgrößten Partei NP (New Party) abgelehnt, sondern stießen auch auf starken Widerstand innerhalb der KMT und DPP sowie vieler Akademiker.

Die geltende Verfassung der Republik China sieht eine Mischform zwischen Parlamentarismus und Präsidialsystem vor. Gemäß Art. 53-57 wird der Ministerpräsident (Präsident des Exekutiv Yuan) als Regierungschef vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Parlaments (Legislativ Yuan) ernannt und trägt auch diesem gegenüber die politische Verantwortung. Das Parlament verfügt dem Ministerpräsidenten gegenüber über ein Mißtrauensvotum. Hingegen kann weder der Ministerpräsident noch der Staatspräsident das Parlament auflösen. Da in der Praxis der Vorsitzende der KMT das Präsidialamt bekleidet und die KMT bislang die absolute Mehrheit im Parlament hat, besitzt der Staatspräsident kraft seiner Befugnis zur Ernennung des Ministerpräsidenten große Macht. Im gegenwärtigen Parlament verfügt die Regierungspartei aber nur noch über eine schwache Mehrheit.

Im letzten Jahr tauchte das komplizierte Verfassungsproblem auf, ob das Amt des Vizepräsidenten und das des Ministerpräsidenten gleichzeitig von einer Person bekleidet werden können. Denn nachdem Li Denghui (Lee Teng-hui) und Lian Zhan (Lien Chan) im März 1996 zum erstenmal direkt vom Volk zum Staatspräsidenten und Vizepräsidenten gewählt und am 20. Mai 1996 vereidigt worden waren, lehnte Li den Rücktritt Lians vom Amt des Ministerpräsidenten ab. Dies findet das Parlament nicht konform mit der Verfassungsvorschrift und verabschiedete am 11. Juni 1996 mit 80 gegen 65 Stimmen eine Resolution, in der die Zustimmung des Hauses zum Verbleib Lians als Ministerpräsident gefordert wurde. Dabei haben nicht nur die oppositionellen Abgeordneten, sondern auch ein Teil der Abgeordneten der Regierungspartei für die Resolution gestimmt. Infolge der Verhinderung durch die Opposition hat Lian bislang nicht vor dem Haus auftreten können.

Auf der o.g. Nationalen Entwicklungskonferenz schlossen die beiden großen Parteien einen Kompromiß. Die DPP akzeptierte eine Abschaffung des Zustimmungsrechts des Legislativ Yuan zur Ernennung des Ministerpräsidenten und die KMT den Vorschlag der DPP zur Auflösung der Provinzregierung Taiwan. Die Wahlen von Provinzgouverneuren und -parlamenten sowie die von Gemeindegemeindeführern und -abgeordneten unter

Kreisebene sollen danach eingestellt werden. Die Provinzregierung dürfe in Zukunft höchstens nur noch eine nominelle Rolle spielen. Vereinbart auf der Konferenz wurde auch eine grundlegende Änderung der Nationalen Versammlung. Ihre Mitglieder sollen nicht mehr direkt, sondern über Parteilisten gewählt und die ihr in der Verfassung eingeräumten Rechte „Initiative“ und „Referendum“ hinsichtlich der Gesetzgebung eingefroren werden, obwohl diese bislang in der Praxis noch gar nicht praktiziert wurden. Ferner kann der Gesetzgebungs Yuan nach dem Kompromiß der Parteien als Kompensation für den Verlust des Zustimmungsrechts bei einer Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten ein neues Recht („Impeachment“) erhalten, den Staatspräsidenten öffentlich anzuklagen. Andererseits hat der Staatspräsident die Befugnis - ebenfalls nach dem Kompromiß -, das Parlament aufzulösen.

Gemäß des Kompromisses soll Taiwan in Zukunft ein politisches System der „Doppelführung“ (*shuang shuozhangzhi*) wie das französische Modell „Cohabitation“ haben. Weil die DPP in der Vergangenheit immer das Präsidialsystem befürwortet hatte, bezeichnete eine kompromißlose Gruppe innerhalb der Partei das Modell als einen Verrat am Prinzip. Die KMT ist ihrerseits noch tiefer in zwei Lager von Pro und Kontra der „Einfrierung der Provinz“ (*dongsheng*) unter Führung von Li und Lian auf der einen und Song Chuyu (James C.Y. Soong) als Regierungschef der Provinz Taiwan auf der anderen Seite gespalten. Eine Gruppe von Professoren hat 2.000 Unterschriften gegen den Mißbrauch der Verfassungsreform und gegen das Machtstreben der Parteiführer gesammelt. Sogar die katholischen Bischöfe Taiwans haben gemeinsam an die Politiker appelliert, die Verfassung ohne großen Konsensus unter der Bevölkerung nicht übereilt und unüberlegt zu verändern. (LHB, 12., 24.6.97)

Ursprünglich wollte Li Denghui die Verfassungsreform noch vor der Übergabe der Kronkolonie Hongkong an Beijing abschließen, um damit zu demonstrieren, „daß Taiwan nicht Hongkong ist“. Doch infolge der Widerstände innerhalb der KMT als auch der DPP mußten beide Parteien immer wieder neu verhandeln. Infolge der Uneinigkeit kann die Nationalversammlung, die zur neuen Verfassungsreform am 5. Mai einberufen wurde, ihre Sitzung am 1. Juli nicht beenden. (FCJ, 2.5. und 5.7.97) -ni-

26 Auf und ab der ausländischen Investitionen in Taiwan und Taiwans Investitionen im Ausland

In den ersten fünf Monaten d.J. hat die Investment Commission des Wirtschaftsministeriums in Taipei 868,31 Mio.US\$ Investitionen von Ausländern und Überseechinesen genehmigt, 46% mehr als vor einem Jahr. Mit 279,5 Mio.US\$ hatten die Investitionen aus Japan beim Jahresvergleich einen Zuwachs von 88% zu verzeichnen. Die Investitionen aus den USA sind im gleichen Zeitraum um 77% auf 116,7 Mio.US\$ und die aus Hongkong um 13% auf 24,2 Mio.US\$ gestiegen.

Auf der anderen Seite hat die Investment Commission im gleichen Zeitraum taiwanesischen Investitionen im Ausland (ohne das chinesische Festland) in Höhe von 850,46 Mio.US\$ gebilligt, 11% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die von ihr offiziell genehmigten Investitionen auf dem chinesischen Festland fielen beim gleichen Vergleich um 12% auf 390,28 Mio.US\$. (AWSJ, 26.6.97; FCJ, 5.7.97)

Nach Aussagen Wirtschaftsministers Wang Zhigang (Wang Chih-kang), der Bonn Anfang Juni einen Besuch abstattete, haben deutsche Unternehmen 1996 - vorläufigen Berechnungen zufolge - 273 Mio.DM in Taiwan investiert, weit mehr als 1995 mit einem Volumen von 25 Mio.DM. Die taiwanesischen Direktinvestitionen in Deutschland sind 1995-1996 von 25 Mio.DM auf 1 Mio.DM gesunken. Die 191 in der Bundesrepublik tätigen taiwanesischen Firmen hätten bislang 180 Mio.DM in Deutschland investiert. Deutsche Direktinvestitionen in Taiwan beliefen sich bis 1997 auf 460 Mio.US\$. (NfA, 6.6.97; HB, 6./7.6.97)

Um das Bankenwesen weiter zu liberalisieren, wurden in- als auch ausländischen Unternehmen in Taiwan Devisentransaktionen bis zu 50 Mio.US\$ gestattet. Bislang durften Firmen zwar unbegrenzt Devisen für gewisse Investitionen ins Land bringen, die Devisenausfuhr war für Firmen jedoch auf 20 Mio.US\$ beschränkt. Privatpersonen dürfen weiterhin nur 5 Mio.US\$ ein- oder ausführen. (NfA, 3.6.97) -ni-

27 Abnahme des Defizits im neuen Budget der Zentralregierung

Der Legislativ Yuan (Parlament) verabschiedete am 30. Mai den Haus-

halt der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1998 (1. Juli 1997-30. Juni 1998). Mit einem Ausgabenvolumen von 1.225 Mrd.NT\$ (umgerechnet über 44 Mrd.US\$) und einem Einnahmenvolumen von 1.129 Mrd.NT\$ (über 40,55 Mrd.US\$) weist der neue Etat ein Defizit von 96,59 Mrd.NT\$ auf. Gegenüber dem vorigen Fiskaljahr hatten die Ausgaben einen Zuwachs von 2,6%, die Einnahmen einen von 8,5% und das Defizit einen Rückgang von 37% zu verzeichnen. Zum Auffüllen des Haushaltsloches - das kleinste seit acht Jahren - braucht die Regierung neben der Verwendung von 26,59 Mrd.NT\$ Überschuß aus dem vorigen Fiskaljahr nur noch Anleihen in Höhe von 70 Mrd.NT\$ auszugeben, ebenfalls eine Rekordtiefe seit zehn Jahren.

Die Reduzierung des Defizits stützt sich zum Teil auf die Privatisierung staatlicher Banken und Unternehmen. Außerdem hat das Parlament die von der Regierung veranschlagten Ausgaben um 18,2 Mrd.NT\$ gestrichen und die Einnahmen um 8,07 Mrd.NT\$ erhöht. Von der Streichung sind hauptsächlich die Ausgaben für Verteidigung und Polizei betroffen, u.zw. jeweils um 3,1 und 3 Mrd.NT\$. Die Verteidigung hat am neuen Haushalt noch einen Anteil von 20% der Gesamtausgaben. Der Anteil für Wirtschaftsentwicklung liegt bei 11%.

Gleichzeitig verabschiedete das Parlament noch ein Sonderbudget in Höhe von 516,7 Mrd.NT\$ für neun Jahre zur Sanierung von über 60.000 Wohnungen von Familien des Militärs sowie über 20.000 Wohnungen für Familien mit niedrigem Einkommen. (ZYRB und LHB, 31.5.97; AWSJ, 2.6.97) -ni-

Juni d.J. befragt. Zu den Gründen, warum sie glücklich seien, äußerten 16,4% 'weil sie Chinesen seien' und 2,8% 'weil es zukünftig einen gesetzlichen Feiertag mehr gebe'. Unter den Pessimisten wollen 3% nicht an die Versprechen Beijings glauben, 2,9% befürchten eine Reduzierung der demokratischen Rechte, 2,8% mögen das kommunistische Regime in Beijing nicht und 2,4% befürchten einen Anstieg der Korruption nach der Wende.

Ferner sind 57% der Befragten zufrieden mit der Wahl von Tung Chee-hwa (Dong Qihua) zum neuen Regierungschef der Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong. Beim Vergleich der jüngsten Meinungsumfrage mit der vom August 1987 ist die Quote für die Gründung der SVZ Hongkong unter China von 17% auf 40% gestiegen, während die für eine Aufrechterhaltung des Status quo des Territoriums als britische Kolonie von 52% auf 19% gefallen ist. 35% sind auch jetzt noch für die Unabhängigkeit Hongkongs, im August 1987 waren es 24%. (SCMP, 26.6.97)

Bei einer anderen in der SCMP (24.6.97) veröffentlichten Meinungsumfrage des ACR zeigten sich 79% der Befragten zufrieden mit dem letzten britischen Gouverneur Chris Patten und 54% zufrieden mit seinem chinesischen Nachfolger Tung, aber auf der Beliebtheitskala rangiert Tung mit 64% vor Patten mit 57%. 28% befanden Patten für unpopulär, während dies bei Tung nur 13% waren. Die populärste Persönlichkeit Hongkongs ist jedoch die Chief Secretary Anson Chan Fang On-sang (Chen-Fang Ansheng): 85% der Befragten sind zufrieden mit ihrer Leistung. -ni-

System entwickeln, das der Hongkonger Wirklichkeit angemessen sei. Er, Jiang, vertraue darauf, daß die „Hongkonger Landsleute“ Hongkong gut regieren würden.

Außer Jiang waren während der offiziellen Zeremonie auch Ministerpräsident Li Peng, der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Qian Qichen sowie der stellvertretende Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Zhang Wannian anwesend. Die britische Seite war durch den Prince of Wales, Premierminister Blair sowie Außenminister Cook vertreten.

Blair und Cook nahmen wie die amerikanische Außenministerin Albright demonstrativ nicht an der Vereidigungszereemonie für die umstrittene Provisorische Legislativversammlung teil und ließen sich durch die jeweiligen Generalkonsuln vertreten. Der neue Verwaltungsdirektor Tung Chee-hwa (Dong Jianhua) sagte in einer kurzen Rede zum Amtsantritt: „Zum ersten Mal in seiner Geschichte, werden wir, das Volk von Hongkong, Herren unserer Geschichte sein. Wir werden unsere Befugnisse klug und verantwortungsvoll ausüben“. Die Provisorische Legislativversammlung, die im Mai 1998 durch Wahlen abgelöst werden soll, verabschiedete ein umfassendes „Wiedervereinigungsgesetz“, mit dem 13 Einzelgesetze in Kraft gesetzt wurden, die zuvor von dem Gremium in Shenzhen beschlossen worden waren. (SCMP, 1.7.1997) -hei-

30 Protestkundgebungen der Beijing-kritischen Opposition

Gleichzeitig mit der offiziellen Übergabezeremonie veranstalteten vor dem Gebäude des Legislativrates etwa dreitausend Anhänger der demokratischen Opposition eine mehrstündige Demonstration, in der die Sicherung demokratischer Rechte und Freiheiten gefordert und die Ablösung des gewählten Legislativrates durch die von Beijing eingesetzte Provisorische Legislative scharf kritisiert wurde. Der Oppositionsführer Martin Lee kündigte an, in den nächsten Wahlen die mit dem Souveränitätswechsel verlorenen Sitze in der Legislative für die Demokratische Partei wiederzugewinnen.

Die Beteiligung an den Kundgebungen der demokratischen Opposition am 1. Juli war geringer als am Gedenktag für den 4. Juni dreieinhalb Wochen zuvor. Zu jenem Termin hatten 55.000 Hongkonger an einer Mahnwache für die Opfer der blutigen Repres-

Hongkong und Macau

28 Hongkongs Politbarometer am Vorabend des Machtwechsels

Laut Meinungsumfragen vom Institut „Asian Commercial Research Limited“ (ACR) freuen sich 60,9% der Bevölkerung Hongkongs über die Übergabe der britischen Kronkolonie an China am 30. Juni 1997, während 15,2% unglücklich darüber sind und 23,9% keine Meinung haben. Insgesamt wurden 1.224 kantonesischsprechende Personen im Alter von 18-64 Jahren in der Zeit zwischen Mai und

29 Der offizielle Souveränitätswechsel: Zusicherungen Jiang Zemin

Während der offiziellen britisch-chinesischen Zeremonie zur Souveränitätsübergabe in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli hat der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin in einer Rede weitreichende Zusicherungen im Hinblick auf die Autonomie der Sonderverwaltungsregion Hongkong gemacht. Jiang betonte, daß es Regierungorganen der VR China nicht erlaubt sei, sich in Angelegenheiten einzumischen, die in die Kompetenz der SVR Hongkong fielen. Das Grundgesetz lege hier eindeutige Schranken fest und schütze die Rechte und Freiheiten der SVR Hongkong. Hongkongs Prosperität, Stabilität und die nationale Sicherheit würden durch das Grundgesetz gesichert. Die SVR werde schrittweise ein demokratisches